

Stadtpunkte 2|23



IM FOKUS

Städte drängen auf mehr neue
Unterkünfte für Geflüchtete

Erklärung des Städtetags NRW
zum Erdbeben in Syrien und der
Türkei

Sofortprogramm Kita: Städtetag
fordert mehr Flexibilität und mehr
Ausbildung

Grundsteuerreform: Land soll
Finanzämter gezielter unterstützen

Städte brauchen mehr Geld
für Investitionen in die
Verkehrsinfrastruktur

AUS DEN STÄDTEN

Last Call: „Die Kommunalberatung
Klimaanpassung NRW“ läuft bis
Sommer 2023

FACHINFORMATIONEN

KALEIDOSKOP

GERN GESEHEN

Die Himmelsleiter in Münster
erleuchtet das Friedensjahr



Geflüchtete Menschen beim Sprachunterricht (Foto: Frank Gärtner/stock.adobe.com)



Städte drängen auf mehr neue Unterkünfte für Geflüchtete

Die Städte in Nordrhein-Westfalen fordern von Land und Bund deutlich tatkräftigere Unterstützung für die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten und mehr Tempo beim Ausbau von neuen Unterkünften. Der Vorsitzende des Städtetages NRW, der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen sagte nach einer Vorstandssitzung: „Die Städte kümmern sich um immer mehr Menschen, die aus der Ukraine und aus anderen Krisen- und Kriegsgebieten zu uns fliehen. Aber es wird immer schwieriger, die geflüchteten Menschen angemessen unterzubringen und zu unterstützen. Auch die Notunterkünfte sind vielerorts inzwischen voll belegt. Wir erwarten vom Land mehr Tempo beim Ausbau der Plätze in den zentralen Landesunterkünften. Das Land ist unser erster Ansprechpartner und vom Land erwarten wir deutlich mehr Unterstützung, um die Aufnahme von Geflüchteten weiter stemmen zu können“, so Kufen.

Der Städtetag NRW fordert das Land konkret auf:

- deutlich mehr Engagement und Tempo, um die Kapazität der Landesaufnahmeeinrichtungen schnellstmöglich auf mindestens 70.000 Plätze zu erhöhen,
- die Zusicherung, dass das Land die Vorhaltekosten für nicht belegte Plätze in Flüchtlingsunterkünften übernimmt,
- den grundsätzlichen Stopp der Zuweisung alleinreisender Geflüchteter ohne Bleibeperspektive an die Kommunen,
- die Übernahme der nicht vom Jobcenter übernommenen Unterbringungskosten für Geflüchtete im SGB II-Bezug, die noch in Sammelunterkünften wohnen.

Auch die Kapazitäten von Schulen und Kindertagesstätten seien erschöpft. Probleme entstehen, weil auch Lehr- und Erziehungspersonal fehlten. Die Städte müssen gleichzeitig in neue Kitas und Schulen investieren. Hier müsse das Land deutlich mehr

als bislang finanziell bei den Investitionen, aber auch mit angepassten Personal-konzepten Schützenhilfe leisten.

Mit Blick auf die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels am 16. Februar, zu dem Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen bei Bundesinnenministerin Nancy Faeser zusammengekommen waren, zeigte sich Kufen enttäuscht: „Bei den verabredeten Arbeitsgruppen zu Unterbringung, Integration, Rückführung und Finanzen werden die Städte gleichwohl konstruktiv mitarbeiten. Bis Ostern brauchen wir dann aber endlich konkrete Ergebnisse.“

Vor allem beim Thema finanzielle Unterstützung der Städte sei sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen worden, so Kufen: „Wir brauchen bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz endlich klare finanzielle Zusagen für 2023 und eine Perspektive, wie es 2024 weitergeht.“ Außerdem führe über kurz oder lang aus Sicht der Städte kein Weg daran vorbei, dass auch der Bund in Abstimmung mit den Ländern zentrale Aufnahmekapazitäten aufbaue. Das Land NRW müsse außerdem dafür sorgen, dass sich die Städte auf die Geflüchteten konzentrieren könnten, die tatsächlich längere Zeit bei uns in den Städten bleiben.

Bund, Länder und Kommunen müssten zudem gemeinsam und verstärkt dafür Sorge tragen, dass der gesellschaftliche



Foto: Ralph Schultheiss

„Bis Ostern brauchen wir dann aber endlich konkrete Ergebnisse.“

Thomas Kufen
Oberbürgermeister
der Stadt Essen

Zusammenhalt und die Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten in allen Teilen der Gesellschaft aufrecht erhalten bleiben und fremdenfeindliche Tendenzen keine Chance haben.

Titelfoto: 150 Jahre Villa Hügel - Jubiläumsjahr in Essen gestartet

Mit einem Festakt vor rund 200 Gästen und im Beisein von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, NRW-Ministerpräsident und Oberbürgermeister Thomas Kufen startete am 10. Februar das Festjahr zum 150-jährigen Bestehen der Villa.

Die Villa Hügel wurde von 1873 bis 1945 als Wohnhaus und Repräsentationsort der Unternehmerfamilie Krupp genutzt. Seit 1953 ist sie der Öffentlichkeit zugänglich und seither als Symbol der Industrialisierung in Deutschland ein Ort der Begegnung für Millionen Besucherinnen und Besucher aus aller Welt. Anlässlich des Jubiläums bietet die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung über das gesamte Jahr hinweg künstlerische Highlights und exklusive Veranstaltungen. (Foto: Peter Gwiazda)

Das Jubiläumsprogramm sowie Informationen zur Stiftung gibt es unter:
www.krupp-stiftung.de/150jahrehuegel



Fotos: Malteser Hilfsdienst/Media Team

Erklärung des Städtetags NRW zum Erdbeben in Syrien und der Türkei

Der Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen ist tief betroffen angesichts der schrecklichen Bilder, die uns aus den Erdbebengebieten in Syrien und der Türkei erreichen. Unsere Anteilnahme und Solidarität gilt allen Menschen in den betroffenen Regionen.

Das enorme Ausmaß der Zerstörung wird erst nach und nach sichtbar. Es kommt jetzt vor allem darauf an, Menschenleben zu retten und den Überlebenden möglichst schnell zu helfen. Dafür braucht es ein gemeinsames Vorgehen sowie schnelle und zielgerichtete Soforthilfe. Gleichzeitig wird der Wiederaufbau der betroffenen Regionen langfristige Unterstützung benötigen.

Die Städte werden in dieser schweren Situation das ihnen Mögliche tun, um zu helfen. Derzeit unterhalten rund 90 deutsche Kommunen Partnerschaften und Kooperationen mit türkischen und syrischen Kommunen. Dieses kommunale Netz sowie die großen türkischen und syrischen Communities in vielen Städten sind eine wichtige Grundlage der deutschen kommunalen Unterstützung. Die Hilfsbereitschaft in den deutschen

Städten geht aber weit über die Partnerkommunen hinaus. Der Vorstand appelliert an seine Mitgliedsstädte, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und gemeinsam mit den anerkannten Hilfsorganisationen Soforthilfe zu leisten sowie an einer Wiederaufbauhilfe in der Türkei und Syrien mitzuwirken.

Damit das kommunale Engagement auch als wirksame Hilfe vor Ort in den Erdbebengebieten ankommt, bedarf es eines gemeinsamen und koordinierten Vorgehens. Der Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen bittet daher die Bundes- und Landesregierung, mit einer Initiative das kommunale und zivilgesellschaftliche Engagement zu koordinieren und in konkrete Hilfsprojekte zu leiten.

adh.ngo/staedtetag-hilft



Sofortprogramm Kita: Städtetag fordert mehr Flexibilität und mehr Ausbildung

Das Land NRW will mit dem Sofortprogramm Kita mehr Personal für die Kinderbetreuung gewinnen. Auch der Quereinstieg aus anderen Berufen soll erleichtert, Personal anders eingesetzt werden. Der Städtetag NRW fordert weitere Flexibilisierungen.

Der Städtetags-Vorsitzende Thomas Kufen, Oberbürgermeister aus Essen, sagte dazu am 11. Februar gegenüber der Rheinischen Post: „Die Personalverordnung für Kitas muss so angepasst werden, dass zusätzliche geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch ohne Fachausbildung zur

Unterstützung in den Kitas eingesetzt werden können. Das Land muss die Möglichkeit zum zusätzlichen Einsatz geeigneten Personals in Kitas deshalb deutlich ausweiten.“

Außerdem forderte Kufen, dass mehr Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher geschaffen werden.

<https://t1p.de/rp-Kufen-Kita>



Foto: Tobias Fricke

Grundsteuerreform: Land soll Finanzämter gezielter unterstützen

Der Städtetag NRW blickt mit Sorge auf den Umsetzungsstand der Grundsteuerreform. Thomas Kufen, Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister der Stadt Essen, sagte dazu der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ): „Wir sehen mit Sorge, dass viele Grundsteuer-Erklärungen nach wie vor fehlen. Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmen für die Städte und Gemeinden. Sie trägt dazu bei, dass wir die Infrastruktur für die Menschen in unseren Städten verbessern und gute Lebensqualität vor Ort schaffen können. Was wir heute an Zeit verlieren, kann uns am Ende der Reform fehlen.“

Die Reform der Grundsteuer ist ziemlich komplex. Deshalb sollte das Land die Angebote für Beratung und Unterstützung in den Finanzämtern weiter verbessern. Und wir appellieren an die Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken oder

Eigentumswohnungen, bitte geben Sie ihre Erklärungen ab. Holen Sie sich Rat und Unterstützung bei den Finanzämtern, wenn Sie Hilfe brauchen.

Es liegt noch ein ganzes Stück Weges vor uns, damit die Reform bis 2025 fertig ist. Deshalb sollte das Land die Grundsteuerermessbescheide für alle eingegangenen Erklärungen zügig bearbeiten.

Wie genau sich die Reform der Grundsteuer auswirken wird, lässt sich erst einschätzen, wenn bereits die Mehrzahl der Grundstücke im Land neu bewertet worden ist. Dann erst sind verlässliche Hochrechnungen möglich. Wir befürchten derzeit, dass womöglich Wohngrundstücke stärker belastet werden könnten als Geschäftsgrundstücke. Das muss vermieden werden. Für diesen Fall brauchen wir einen zeitlichen Puffer, damit der Gesetzgeber die Messzahlen anpassen kann.“

Städte brauchen mehr Geld für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Der Geschäftsführer des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Helmut Dedy, hat angesichts der in diesen Tagen und Wochen wieder stärker sichtbar werdenden Winterschäden an Straßen- und Brücken auf den nach wie vor gewaltigen Sanierungsstau im Verkehrsbereich in NRW hingewiesen. Dedy sagte dazu am 10. Februar gegenüber der Deutschen Presseagentur (dpa).

„Erst mit dem Ende der kalten Witterung werden die Frostschäden an unseren Straßen, Rad- und Fußwegen vollständig sichtbar. Wie in jedem Jahr beginnen dann die Reparaturen, damit der Verkehr sicher laufen kann. Aber nicht überall sind die Schäden nur oberflächlich. Der Winter im Off-On-Modus mit sich abwechselnden Frost- und Wärmephasen hat dazu geführt, dass die Schlaglöcher hier und da größer ausfallen als sonst. Manche Straße kann nur noch übergangsweise geflickt werden, bei mancher Brücke geht die Korrosion an die Substanz.“

Der Sanierungsstau bei den Straßen ist hoch. Bundesweit beläuft er sich auf fast 40 Milliarden Euro, so hat es das KfW-Kommunalpanel 2022 festgestellt. Für Nordrhein-Westfalen gehen wir von einem Sanierungsbedarf in Höhe von etwa 10 Milliarden Euro aus. Sorge bereitet uns die aktuelle Marktlage: Baumaterial ist teuer, Personal ist knapp – sowohl in den Straßen- und Tiefbauämtern als auch auf den Baustellen. Auch wenn die Städte einen großen Teil ihres Investitionsetats in die Straßen stecken, kommt bei steigenden Preisen unter dem Strich weniger sanierte Straße heraus. Trotz stabiler Steuereinnahmen schrumpfen inflationsbedingt die finanziellen Spielräume der Städte.

Bund und Länder dürfen die angespannte kommunale Finanzlage nicht außer Acht lassen. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass den Städten mehr Mittel für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bleiben. Nur so können wir das bestehende Straßen-, Wege und ÖPNV-Netz sanieren und erhalten und gleichzeitig entscheidende Schritte bei der Verkehrswende vorankommen.“



Foto: Tobias Fricke

KfW-Kommunalpanel 2022:

Investitionsrückstand 159,4 Milliarden EUR (2020: 149,2 Milliarden Euro). Die größten Anteile entfallen mit 25 Prozent auf Straßen (das entspricht 39,85 Milliarden Euro)

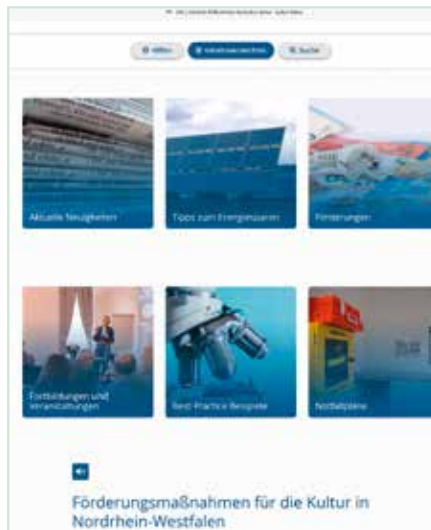
<https://t1p.de/KfW-Kommunalpanel2022>

Eckpunktepapier zu nachhaltigem Bauen und zur Verkehrswende

Wie lassen sich Nachhaltigkeit im Baubereich etablieren und die Verkehrswende beschleunigen? Lösungsansätze dafür will ein Eckpunktepapier liefern. Es entstand aus dem „Dialog nachhaltige Kommunen NRW“. Die beteiligten Kommunen und die kommunalen Spitzenverbänden haben es als Empfehlung dem Ministerium für Umwelt, Natur- und Verkehr (MUNV NRW) übergeben.



<https://t1p.de/EPBauenVerkehrswende>



Informations- und Netzwerkplattform

Die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) haben eine Informations- und Netzwerkplattform für Kultureinrichtungen und Kulturschaffende in der Energiekrise eingerichtet. Sie ist für sämtliche Kultursparten gedacht und soll Fachinformationen bereitstellen und Beratungsleistungen vermitteln - insbesondere über Fördermaßnahmen von Bund und Land und Antragsverfahren.

www.kultur-klima.de

„NRW-Stärkungspakt – gemeinsam gegen Armut“ unterstützt soziale Infrastruktur

Mit dem „NRW-Stärkungspakt – gemeinsam gegen Armut“ stellt das Land NRW den Kommunen zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 150 Millionen Euro bereit. Das Geld soll Beratungsstellen und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur bei der Beratung und Hilfe von Menschen mit geringem Einkommen unterstützen und Menschen in existenziellen Notsituationen zugutekommen.

www.mags.nrw/staerkungspakt-nrw



Foto: Rawpixel.com stock.adobe.com



Auf dem Gelände eines ehemaligen Güterbahnhofs entstand die grüne Mitte Essen mit fast einem Drittel Grünflächen und Wasser (Foto: Diana Blinkert-EMG)

Last Call: „Die Kommunalberatung Klimaanpassung NRW“ läuft bis Sommer 2023

Fördermittel, Finanzierung und Umsetzungsmöglichkeiten von Projekten und Maßnahmen rund um alle Themen der Klimafolgenanpassung: Seit 2020 unterstützt die Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW als zentrale Anlaufstelle Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen. Das Projekt wird im Auftrag des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums vom Deutschen Institut für Urbanistik in Köln umgesetzt.

Kommunen können noch bis August 2023 von dem kostenlosen Beratungsangebot des Difu profitieren, denn dann endet das Projekt. Bis dahin bietet das Team der Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW

weiterhin sowohl Beratungen für Verwaltungsmitarbeiter*innen als auch Vorträge für den Stadt- bzw. Gemeinderat oder in Ausschusssitzungen an – live vor Ort oder online „am Bildschirm“. Egal, ob Kommunen bereits in der Klimaanpassung aktiv sind oder erst beginnen, sich mit den Folgen des Klimawandels vor Ort zu beschäftigen, die Beratungs- bzw. Vortragsformate werden an Zielgruppe und Vorkenntnissen ausgerichtet.

Darüber hinaus steht die Kommunalberatung telefonisch und per E-Mail für Fragen zur Initiierung, Durchführung und finanziellen Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels

zur Verfügung. Ein zentrales „Werkzeug“, das die Kommunalberatung für die Verwaltungsarbeit – wie alle anderen Angebote – kostenfrei bereitstellt, ist die Publikation „Klimaanpassungs-Check für Kommunen in NRW“. Die Veröffentlichung dient als Unterstützung bei der Umsetzung des Berücksichtigungsgebots gemäß § 6 des nordrhein-westfälischen Klimaanpassungsgesetzes und bietet einen Klimaanpassungs-Check von Beschlussvorlagen bzw. vorlaufenden Planungen. Auch hierauf kann bei den Beratungsangeboten und Vorträgen ein Fokus liegen.

Dass Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels an Bedeutung gewinnen, zeigen die zunehmenden Extremwetterereignisse und deren Auswirkungen hierzulande. Die verheerende Katastrophe, die Teile Nordrhein-Westfalens durch Starkregen- und Hochwasserereignisse im Juli 2021 geschädigt hat, ist hier ein deutliches Beispiel. Die Kommunalberatung hilft Kommunen, entsprechend vorzusorgen und resilienter zu werden.

www.kommunalberatung-klimaanpassung-nrw.de

Jetzt aktiv werden und einen Termin vereinbaren!

Telefon: 0221/340 308 12
 E-Mail: info@kommunalberatung-klimaanpassung-nrw.de

Hintergrund

Das Projekt „Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW“ wird vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist als größtes Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum die Forschungs-, Fortbildungs- und Informationseinrichtung für Städte, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften.

Ob Stadt- und Regionalentwicklung, kommunale Wirtschaft, Städtebau, soziale Themen, Umwelt, Verkehr, Kultur, Recht, Verwaltungsthemen oder Kommunalfinanzen: Das 1973 gegründete unabhängige Berliner Institut – mit einem weiteren Standort in Köln (Bereich Umwelt) – bearbeitet ein umfangreiches Themenspektrum und beschäftigt sich auf wissenschaftlicher Ebene praxisnah mit allen Aufgaben, die Kommunen heute und in Zukunft zu bewältigen haben. Der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. ist alleiniger Gesellschafter des in der Form einer gemeinnützigen GmbH geführten Forschungsinstituts.



THW kann bei Flüchtlingsunterbringung helfen

Bislang scheitern die Inanspruch- und Inbetriebnahme von Bundesliegenschaften für Flüchtlingsunterkünfte mitunter, weil Fachfirmen zur Einrichtung fehlen. Ist das der Fall, kann als Ultima Ratio das Technische Hilfswerk (THW) nach § 1 Abs. 2 THWG im Rahmen der technischen Amtshilfe für die kurzfristige Herrichtung und Inbetriebnahme solcher Einrichtungen gebeten werden.



Foto: THW Johannes Hahn

www.thw.de



Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Ehrenamtspate Rapper Eko Fresh (Foto: Stadt Köln)

Ehrenamtspreis „KölnEngagiert“

Die Stadt Köln will ehrenamtliches Engagement fördern und würdigen. Bis zum 1. April sucht die Stadt Vorschläge zur Verleihung des Ehrenamtspreises „KölnEngagiert 2023“. Dafür konnte sie als neuen Ehrenamtspaten den Rapper und Schauspieler Eko Fresh gewinnen. Zu gewinnen gibt es Geldpreise - insgesamt 13.000 Euro. 220.000 Kölnerinnen und Kölner engagieren sich aktuell ehrenamtlich.

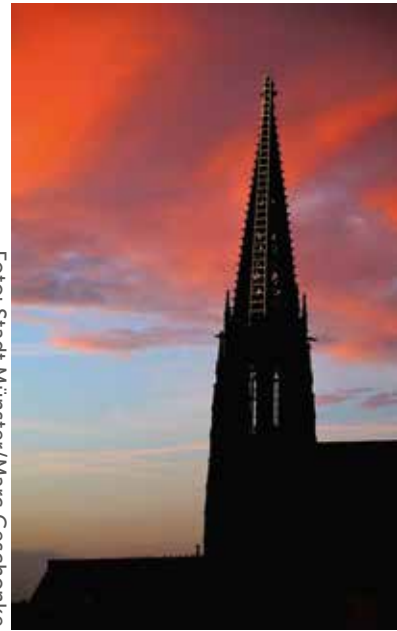
<https://lnkd.in/daqtxm6P>

polis AWARD 2023: Jetzt bewerben!

Noch bis zum 10. März können Städtebau-Projekte für den polis AWARD vorgeschlagen werden, die über ihren eigenen Rahmen hinaus einen Beitrag für das öffentliche Wohl einer Stadt leisten. Die Preise werden in sieben Kategorien und in Kooperation mit der Bundesstiftung Baukultur vergeben.



www.polis-award.com



Die Himmelsleiter in Münster erleuchtet das Friedensjahr

Seit September 2022 erstrahlt die Himmelsleiter der Wiener Künstlerin Billi Thanner am Kirchturm von St. Lamberti. Goldgelb und 48 Meter hoch, ist sie ein strahlender Fixpunkt im Stadtbild und ein Symbol der Hoffnung in dunklen Zeiten. Nach äußerst positiver Resonanz konnte eine zeitliche Verlängerung der Installation für die Dauer des 375. Jubiläumsjahres des Westfälischen Friedens erreicht werden, das 2023 mit einem vielfältigen Programm gemeinsam mit Akteuren und Partnern aus der Stadtgesellschaft begangen wird.

Die geschichtsträchtige Kirche ist damit um eine weitere Attraktion reicher. Der bedeutende Sakralbau der westfälischen Spätgotik ist vor allem bekannt durch die Geschichte um die drei Käfige am Turm, in denen die Leichname der Anführer der Täuferbewegung im 16. Jahrhundert ausgestellt wurden. Mit der Türmerstube beherbergt St. Lamberti zudem das „höchste Dienstzimmer“ Münsters, in dem seit 2014 eine der wenigen Türmerinnen Europas ihren Dienst versieht.

Markus Lewe
Oberbürgermeister
der Stadt Münster



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn,
Leiter Abteilung Kommunikation und Medien

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,
Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, März 2023